



Der Bliesbote

Zeitung des SPD-Ortsvereins Neunkirchen-Zoo

Ausgabe 3 - 1/98

Reinhard Klimmt, SPD-Landesvorsitzender:

1998 - Schlüsseljahr für die Kohle

Liebe Leserinnen und Leser,

1998 wird für Deutschland und das Saarland ein Schlüsseljahr: Nach 16 Jahren Kohl ist die Chance zum Wechsel in Bonn so groß wie nie.

Die Politik der Bundesregierung ist gescheitert. 5 Millionen Arbeitslose sind die Opfer. Junge Menschen, die eine Ausbildung suchen, stehen zu Zehntausenden auf der Straße. Eine **chaotische** Wirtschafts- und Finanzpolitik lähmt die Wirtschaft und drängt immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft. Die Fehler der Bundesregierung bei der Gestaltung der Einheit haben die Sozialsysteme ruiniert. Statt einer geistig-moralischen Wende haben wir einen Verlust an Solidarität und sozialer Verantwortung erlitten. Wir brauchen jetzt eine Politik, die **Innovation** und **Gerechtigkeit** wieder an die erste Stelle setzt. Wir werden in den nächsten Monaten dafür werben, daß wir diese Politik für neue Chancen, soziale und ökologische Verantwortung durchsetzen können. Auch für das Saarland ist die Ablösung der Bundesregierung von

großer Bedeutung: Die wichtigsten wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenentscheidungen fallen auf der Bundesebene. Hier wird das Saarland seit Jahren benachteiligt. Zugleich wurden zig Milliarden in andere Industriezweige - zum Beispiel die bayerische Rüstungsindustrie - gepumpt. Auch außerhalb des Berg-

baus wurden durch die Politik der Bundesregierung 5000 Arbeitsplätze in unserem Land vernichtet. Die Landes-CDU hat immer eine Entschuldigung für die Politik der Bundesregierung parat. Eine solche Politik bringt keine Zukunft für unser Land. Wir wollen den Strukturwandel im Saarland voranbringen, damit der Mut vieler Saarländerinnen und Saarländer, sich den neuen Entwicklungen zu stellen, weiter Früchte tragen kann. Für diese Politik wird die Ablösung der Bundesregierung im September ein wichtiger Beitrag sein. Helft dabei mit!

Fasching'98

im Naturfreundehaus

Erwachsenen- Kinderfasching fasching

am 19.2.98

(fetter Donnerstag)
20.00 h

mit Musik, Tanz und
Überraschungen

am 22.2.98

(Faschings-Sonntag)
15.00 - 18.00 h

mit Musik und Kinder-Action

Musik: Harry Guth



Eine Gemeinschaftsveranstaltung von
SPD und Naturfreunden



Kohlenachfrage steigt deutlich an !

Investitionen von rund 4.000 Mrd. US-Dollar müssen weltweit allein für den Bau und die Ausrüstung von Bergwerken bis zum Jahr 2020 aufgebracht werden, um mit der steigenden Nachfrage Schritt zu halten. Bergbautechnologie ist

eine Zukunftstechnologie. Einen "Markt mit enormem Wachstumspotential" stellte der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus beim diesjährigen Steinkohlentag in Essen in Aussicht.

Die Kohle zählt weltweit zu den Boom-Branchen. Die internationale Energieagentur erwartet bis zum Jahr 2010 einen weiteren Anstieg der weltweiten Steinkohlenachfrage von rund 3,8 Mrd. t im vergangenen Jahr auf 5,3 Mrd. t. Die heimische Förderung soll dagegen nach den Eckdaten des im Frühjahr gefundenen Kohlekompromisses von knapp 48 Mio. t im vergangenen Jahr auf etwa 30 Mio. t bis zum Jahr 2005 drastisch reduziert werden. Die Zahl der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau soll im gleichen Zeitraum von 84.000 im Frühjahr dieses Jahres auf 36.000 zusammengestrichen werden. Hintergrund der steigenden Kohlenachfrage ist eine weltweit, vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern, stark ansteigende Stromerzeugung.

Im Wirtschaftsboomland China soll der Strombedarf nach Prognosen mit Zuwachsraten um jährlich zehn Prozent zunehmen. Die Steinkohle soll dabei trotz des kräftig steigenden Erdgaseinsatzes auch langfristig ihre Rolle als führender Energieträger behalten. Gigantische

Heftige Debatte im Landtag über die Hochschulpolitik

Die seit Monaten andauernde Diskussion um die Hochschulen mit den Protesten der Studierenden wurde am Mittwoch im Landtag heftigst fortgesetzt.

Saarbrücken (wer). Die Opposition aus CDU und Bündnisgrünen wirft in der Hochschulpolitik der Landesregierung und Bildungsminister Henner Wittling vor, der Öffentlichkeit erste Ergebnisse der Sachverständigen-Kommission zur Weiterentwicklung der Universität des Saarlandes vorenthalten. Die CDU-Fraktion (Kurt Schoenen, Monika Beck, Daniela Schlegel-Friedrich) sowie Gabriele Bozok und Andreas Pollak für die Grünen beanstandeten im Landtag, das Bildungsministerium manipulierte den Zeitpunkt der Vorlage des Berichts. Außerdem sei das Ministerium

über den Stand der Experten-Empfehlung bezüglich der Universität Saarbrücken informiert, behalte ihr Herrschaftswissen für sich.

Das Land investiere zu wenig in die Universität und die Zukunft des Saarlandes. Als Beispiel nannte der CDU-Abgeordnete Schoenen Ausgaben des Saarlandes von 3,10 Mark pro Student im Zeitraum 1989 bis 1994 für die Lehrbuchsammlung, wobei die Kultusminister-Konferenz 20 Mark empfohlen habe. Schlegel-Friedrich hielt dem Minister vor, sich nur auf die Empfehlungen der Experten zu verlassen und wichtige Entscheidungen zugunsten der Weiterentwicklung der Universität zu unterlassen. Die Abgeordnete nannte als Beispiel die Neuordnung von Studiengängen und Prüfungsordnungen und eine Verbesserung des Universitäts-Mange-

ments. In Bayern habe dies die Studienzeit um ein Semester verkürzt.

Die SPD-Abgeordneten Peter Gillo und Reiner Braun verteidigten die Haltung des Bildungsministers, der selbst die Vorwürfe der Opposition schärfstens zurückwies. Diese mache nur mit statistischem Geplänkel an der Hochschule des Saarlandes herum. Dies schade den Hochschulen im Saarland. Wittling: „Hören Sie damit auf.“ Die Hochschulen hätten einen guten Ruf, was zahlreiche Auszeichnungen der letzten Jahre belegten. Es gelte aber, die Universität noch zu verbessern und gerade deshalb benötige man den Rat von Experten. Und der nehme nun einmal dreizehn statt geplanter zwölf Monate in Anspruch. Soviel Zeit müsse man akzeptieren.

Wittling: „Es wäre verantwortungslos, mit vorläufigen und bruchstückhaften Ergebnis-

In Baden-Württemberg wird nicht so kleinkariert herumgerögelt wie hierzulande

sen voreilig grundlegende Entscheidungen für die Zukunft der Universität des Saarlandes zu treffen.“ Der Minister warf der Opposition vor, völlig ungebührlich das Ansehen der Mitglieder der Kom-

mission zu beschädigen. In Baden-Württemberg habe man sich bei ähnlichen Reformbemühungen für die Hochschulen auch die notwendige Zeit genommen, aber nicht so kleinkariert herumgerögelt wie hierzulande. Wittling erneuerte seine Ankündigung, daß der Expertenbericht unmittelbar nach seiner Vorlage in der zweiten Märzhälfte allen Betroffenen, den Hochschulen, den Studierenden, den Landespolitikern und anderen Institutionen zur Verfügung und zur Diskussion stehe. Erst nach sorgfältiger Abwägung werde über die Reform der Universität entschieden, die auch ihren Beitrag zur Umstrukturierung der Wirtschaft des Landes zu leisten habe. Die SPD kritisierte den Entwurf der Bundesregierung für das Hochschulrahmengesetz, der geändert werden müsse.